

# OSTDEUTSCHLAND STÄRKEN - SOZIALE EINHEIT DEUTSCHLANDS VOLLENDEN



## Schwerpunkte der SPD Thüringen für das Regierungsprogramm auf Bundesebene

20 Jahre nach der friedlichen Revolution bleibt das Vollenden der Einheit Deutschlands eine Aufgabe der Politik. Der bisherige Aufbau Ost ist eine gewaltige Leistung. Wir haben viel erreicht – in einer solidarischen Anstrengung aller Deutschen in Ost und West. Jetzt ist es an der Zeit, die offenen Herausforderungen zu erledigen: Gleiche Löhne, gleiche Renten, gleiche Chancen.

Der gesellschaftliche Kraftakt zum Aufbau Ost macht uns Mut. Im Angesicht der weltweiten Krise der Wirtschaft und der Finanzmärkte wissen wir, zu welchen Anstrengungen unser Land fähig ist. Wir können die Bedingungen, in denen wir leben, grundlegend ändern. Diese Erfahrung gibt uns Kraft für weitere notwendige Veränderungen.

Wir haben für die nächste Etappe der Modernisierung Ostdeutschlands ein klares Programm. Wir werben um Vertrauen. Die Menschen sollen wissen, woran sie sind. Nach zwei Jahrzehnten der staatlichen Einheit Deutschlands setzten wir uns das Ziel, auch die soziale Einheit zu vollenden und gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.

In einigen Branchen haben wir bereits eine Angleichung der Löhne in Ost und West erreicht. Wir wollen, dass sich alle Gehälter im Osten an Westniveau angleichen. Auch Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, müssen gleich behandelt werden. Deswegen haben wir durchgesetzt, dass der Arbeitslosengeld-II-Regelsatz Ost und die BAföG-Förderung auf das Westniveau angeglichen wurden.

Die SPD steht vorbehaltlos zum langfristig angelegten Aufbau Ost und zu den Zusagen der Mittel aus dem Solidarpakt II, der bis 2019 gilt. Er ist ein wichtiges Finanzierungsinstrument für den Aufbau Ost.

Ostdeutschland steht weiter vor besonderen Herausforderungen. Die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zu Westdeutschland noch immer doppelt so hoch. Fehlende Arbeit und niedrige Löhne haben Lücken in die soziale Sicherung gerissen. Der demographische Wandel und die Folgen der Abwanderung diktieren neue Aufgaben bei der Daseinsvorsorge. Es bestehen noch Lücken in der Infrastruktur – zum Beispiel bei der flächendeckenden Versorgung mit schnellen Internetverbindungen und der Einbindung in europäische Verkehrsprojekte. Wir setzen uns weiterhin für eine zügige Umsetzung der Verkehrsprojekte „Deutschen Einheit“ ein.

Gravierende Unterschiede zwischen Ost und West existieren auch bei der Vermögensverteilung. In den vergangenen Jahren hat sich die Schere zwischen Ost und West weiter geöffnet. Deutschlandweit besitzt ein Zehntel der Bevölkerung zwei Drittel des Gesamtvermögens.

Wir wollen das Auseinanderfallen der Gesellschaft in Arm und Reich und in Ost und West stoppen. Wir setzen uns generell für die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer ein – um die Lasten der sozialen Einheit zu finanzieren und den Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise gerecht zu verteilen. Wir wollen eine Börsenumsatzsteuer einführen, um die Lasten der gegenwärtigen Finanzkrise gerechter zu verteilen.

In der nächsten Legislaturperiode werden wir uns dafür einsetzen, dass Berlin künftig der alleinige Regierungssitz in Deutschland wird. Nach 20 Jahren muss die Teilung der Regierung zwischen Bonn und Berlin beendet werden, um die Deutsche Einheit zu vollenden. Wir werden auch künftig darauf achten, dass neu zu gründende Bundesbehörden und nachgeordnete Einrichtungen vorrangig in den neuen Ländern angesiedelt werden.

Weitere Schwerpunkte für das Regierungsprogramm der SPD auf Bundesebene betreffen die Bereiche Arbeit und Wirtschaft, Bildung, Soziales und die weitere Stärkung der Demokratie.

## Arbeit und Wirtschaft:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Wir wollen kein Gefälle zwischen Ost und West mehr bei den Löhnen. Deutschlandweit soll eine einheitliche untere Schutzgrenze gelten: 7,50 € gesetzlicher Mindestlohn. Für mehr Lohndynamik brauchen wir starke Gewerkschaften und tariftreue Unternehmen. Wo wir können, werden wir die Tarifpartner stärken – zum Beispiel indem zwischen den Tarifparteien vereinbarte Regeln über das Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt werden. Einen Abbau von Flächentarifverträgen und gesetzlichem Kündigungsschutz wird es mit uns nicht geben. Wir setzen auf eine selbstbewusste und starke Arbeitnehmerschaft – deshalb werden wir auch die Wahlen von Betriebsräten mit einer gezielten Initiative unterstützen..
- Ostdeutschland hat die Chance, Vorreiter einer modernen und ökologischen Industrie zu werden. Die ostdeutschen Solarunternehmen sind Markt- und Technologieführer im internationalen Wettbewerb. Diesen Vorsprung wollen wir weiter ausbauen und Ostdeutschland insgesamt zu einer Leitregion aussichtsreicher Zukunftsfelder entwickeln. Die Potenziale in diesen Gebieten müssen auch in der Weltwirtschaftskrise erhalten bleiben. Der Grundstein für eine industrielle Renaissance in Ostdeutschland ist gelegt. Wir werden diese Entwicklung weiter vorantreiben.
- Die Investitionsförderung in Ostdeutschland muss weitergehen. Wir werden die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und die Investitionszulage erhalten.
- Bei Forschung und Innovation ist Ostdeutschland noch ein gutes Stück vom Niveau der westdeutschen Länder entfernt. Die ostdeutschen Unternehmen müssen ihr eigenes Wertschöpfungspotenzial steigern, um nicht die verlängerte Werkbank des Westens zu bleiben. Deshalb werden wir die Innovationsanstrengungen von Unternehmen und industrienahen Forschungseinrichtungen gezielt unterstützen. Darüber hinaus werden wir uns für die Ansiedlung weiterer Forschungsinstitute in den neuen Ländern einsetzen.
- Wir werden die aktive Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau verstetigen. Das gilt insbesondere in der Wirtschaftskrise. Bereits erhöht haben wir die Mittel für Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen – insbesondere für Arbeitnehmer über 25 Jahre, die über keinen Berufsabschluss verfügen, und für Jugendliche, die schon lange eine Lehrstelle suchen.

- Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten werden wir auch das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit nicht aus den Augen verlieren. Ostdeutschland ist davon besonders betroffen. Wir entwickeln den Kommunal-Kombi zu einem dauerhaften, steuerfinanzierten Arbeitsmarktförderinstrument weiter. Insbesondere in strukturschwachen Regionen können wir damit einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufbauen. Thüringen lässt bisher Fördermillionen verfallen – hier wurden landesweit weniger als 100 Stellen geschaffen. In den anderen neuen Ländern haben bereits Tausende durch den Kommunal-Kombi neue Jobs gefunden (Sachsen 3.000, Brandenburg 2.000, Sachsen-Anhalt 1.300).
- Wir haben dafür gesorgt, dass Thüringens kulturelles Erbe gefördert und erhalten wird. Durch unsere bundespolitischen Impulse werden in Thüringen 110 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln in die national bedeutsamen Kulturerbestätten in Weimar und Gotha investiert. Darüber hinaus haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dass sich Thüringen mit seinen UNESCO-Weltkulturerbestätten an der neugeschaffenen Bundesförderung beteiligen kann. Wir werden auch künftig Kultur als Wirtschafts- und Standortfaktor weiter stärken.

## Bildung:

- Wir wollen die Qualität der Bildungsangebote weiter verbessern. Wir sehen in der Verbesserung der Bildungsangebote auch eine stärkere Aufgabe des Bundes – nicht allein der Länder. Für ein weitergehendes Engagement des Bundes muss dieser allerdings die entsprechenden verfassungsrechtlichen Kompetenzen erhalten. Dafür wollen wir uns einsetzen. Gerade im frühkindlichen Bereich kann der Osten Vorreiter sein, weil wir auf eine eigene Tradition der Kinderbetreuung bauen können. Unsere Möglichkeiten wollen wir weiter verbessern: etwa durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung. Der Bund stellt dafür insgesamt 4 Milliarden Euro bereit. Außerdem wollen wir die Kindereinrichtungen zu Familienzentren weiterentwickeln. Auch die Ganztagsschulangebote wollen wir weiter ausbauen. Hier haben wir mit unserer Bundesinitiative bereits gute Erfolge erzielt. Wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen und mit zusätzlichen Bundesmitteln dafür sorgen, dass es an jeder Schule künftig mindesten einen Sozialarbeiter oder eine Sozialarbeiterin gibt.
- Für einen gerechten Zugang wollen wir Bildung generell gebührenfrei machen. Das beginnt bei der frühkindlichen Bildung. Schrittweise wollen wir unter Beteiligung des Bundes die Elternbeiträge abschaffen. Studiengebühren lehnen wir generell ab.
- Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele junge Menschen einen hohen Bildungsabschluss erzielen. Aber wir wollen nicht nur Bildungsschmiede sein. Wir wollen, dass alle – auch Hochqualifizierte – in Ostdeutschland bleiben können und gute Perspektiven finden. Dazu zählen familienfreundliche Hochschulen genauso wie gute Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Den vereinbarten Hochschulpakt 2020 wollen wir nutzen, um Abiturienten aus den alten Ländern zum Studium nach Ostdeutschland zu holen. Anschließend sollen sie hier auch dauerhaft eine Perspektive finden.

## Soziales:

- Wir dürfen Kinderarmut nicht dulden. Kinderarmut kostet Lebenschancen und wird damit zum Teufelskreis. In Thüringen gilt jedes vierte Kind als armutsgefährdet. Die Quote in Ostdeutschland insgesamt ist deutlich höher als in den alten Ländern. Wir werden unsere Angebote erweitern und alles tun, um niemanden zurück zu lassen. Deshalb haben wir die Regelsätze für Kinder, deren Eltern auf Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe angewiesen sind, angehoben. Wir haben das Schulstarter-Paket eingeführt und gegen den Widerstand der Union bis zum Abitur verlängert.
- Für die Menschen im Osten gehört die Überwindung der unterschiedlichen Rentensysteme in Ost und West zu den zentralen Fragen, die auch 20 Jahre nach der deutschen Einheit eine soziale Spaltung belegen. Mit der nächsten Regierungsperiode wollen wir das ändern. Es darf keine Rolle mehr spielen, ob jemand im Osten aufgewachsen ist und gearbeitet hat oder im Westen. Bestehende Rentenansprüche werden bei unserer Vereinheitlichung des Rentenrechts selbstverständlich nicht verloren gehen.
- Auf die in Ostdeutschland drohende Altersarmut brauchen wir eine Antwort, die über die Angleichung des Rentensystems hinausgeht. Niedrige Löhne und lange Phasen der Arbeitslosigkeit verringern bei vielen den Rentenanspruch. Die Zeiten langer Arbeitslosigkeit müssen rentenrechtlich besser als bisher bewertet werden. Außerdem verhindert ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn zukünftige Altersarmut. Deshalb muss die Forderung nach Mindestlöhnen stärker in Verbindung mit der späteren Rente gebracht werden.
- Einer besonderen ostdeutschen Anstrengung bedarf es auch in der Gesundheitspolitik. Wir wollen die flächendeckende Versorgung gewährleisten. Besonders ältere Menschen sollen sich auf eine hochwertige medizinische Versorgung und Zuwendung verlassen können. Wir haben eine Honorarreform durchgesetzt, von der die ostdeutschen Ärzte profitieren und mit der wir insbesondere für die Menschen in den ländlichen Regionen die Versorgung sichern. Wir werden diese Reform auch gegen den Widerstand der CSU verteidigen. Mit arztentlastenden Diensten, wie der Gemeindeschwester, werden wir die Gesundheitsvorsorge weiter verbessern.

## Demokratie weiter entwickeln:

- Wir erinnern mit Stolz an die friedliche Revolution vor 20 Jahren. Mutige Frauen und Männer sind auf die Straße gegangen und haben der Diktatur die Stirn geboten. Ihr millionenfacher Einsatz hat das Unrechtsregime der SED zu Fall gebracht. Wir werden dafür sorgen, dass an vielen authentischen Orten dauerhaft an die Ereignisse vom Herbst 1989 erinnert wird. Wir werden die Geschichte der SED-Diktatur weiter aufarbeiten und setzen uns für die weitere Rehabilitation der politisch Verfolgten ein.
- Unsere Demokratie steht vor einer neuen Herausforderung. Der Rechtsextremismus versucht in die Gesellschaft einzudringen. Wir unterstützen Modellprojekte und lokale Aktionsbündnisse mit den Programmen „Gemeinsam für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ sowie „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“. Wir werden die Mittel für diese Projekte verstetigen und eine kontinuierliche Arbeit ermöglichen. Wir lassen die engagierten Bürgerinnen und Bürger mit dem Problem rechter Strukturen nicht allein. Wir werden ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD in die Wege leiten.

Vorstand SPD Thüringen, beschlossen am 31. März 2009